

FREIBERUFLER-TICKER vom 24. Januar 2025

1. Wirtschaftliche Krise hinterlässt Spuren auch bei den Freien Berufen

So BFB-Präsident Dr. Stephan Hofmeister zu den [Ergebnissen](#) der jüngsten BFB-Konjunkturumfrage, über die die Zeitungen der Funke Mediengruppe am 17. Januar 2025 vorab exklusiv berichteten. Lediglich rund vier von zehn Freiberuflerinnen und Freiberuflern bewerten ihre aktuelle Geschäftslage als gut und jede, jeder Vierte erwartet in den nächsten sechs Monaten eine Verschlechterung. Trotz der Krise plant aber noch jede, jeder Achte, neues Personal einzustellen. Politische Rahmenbedingungen sind laut der Befragten der wichtigste Einflussfaktor. Überdies rückt die wirtschaftliche Tragfähigkeit in den Fokus.

2. Gemeinsamer Appell für die Stärkung ländlicher Räume

In einem [gemeinsamen Schreiben](#) an die Bundesvorsitzenden der Parteien appelliert der BFB mit der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, dem Zentralverband des Deutschen Handwerks, dem Deutschen LandFrauenverband und dem Deutschen Raiffeisenverband an die Politik, die Anliegen ländlicher Räume in der kommenden Legislaturperiode stärker in den Fokus zu rücken und sektorenübergreifend zu handeln. Sie stehen bereit, ihre Expertise in einem konstruktiven Dialog einzubringen. Darüber berichtete die [Rheinische Post](#) am 23. Januar 2025. Der BFB ist Teil dieser Allianz und unterstreicht dabei die zentrale Bedeutung freiberuflicher Dienstleistungen für eine flächendeckende Daseinsvorsorge. Die Freien Berufe erweisen sich als unverzichtbarer Standortfaktor, der die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Stärke unseres Landes maßgeblich prägt. Die Freien Berufe schaffen Vertrauen und Nähe, sorgen für Stabilität und stärken die Demokratie. Sie sind oft der letzte verbliebene Ansprechpartner für die Menschen vor Ort.

3. Wahlforderungen der AG Mittelstand

Die in der Arbeitsgemeinschaft (AG) Mittelstand zusammenarbeitenden zehn Verbände, darunter der BFB, [fordern](#) laut Mitteilung vom 20. Januar 2025 umfassende Reformen, um den Mittelstand nachhaltig zu entlasten und zukunftsfähig zu machen. Als zentrale und prioritäre Handlungsfelder der neuen Bundesregierung nennt die AG Mittelstand, den Bürokratieabbau für den Mittelstand konsequent und spürbar voranzutreiben, die Fachkräftebasis zu sichern und die analoge wie digitale Infrastruktur zu modernisieren. Nur durch entschlossene Maßnahmen können der Mittelstand, das Herzstück der deutschen Wirtschaft, gestärkt und seine Wettbewerbsfähigkeit langfristig gesichert werden.

4. Wirtschaftswarntag am 29. Januar 2025

Der BFB weist seine Mitgliedsorganisationen auf den Wirtschaftswarntag am 29. Januar 2025 hin und lädt zur Mitwirkung ein. Der bundesweite Aktionstag setzt ein Zeichen für die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und fordert eine Wirtschaftswende nach der Bundestagswahl. Bereits über 60 Wirtschaftsverbände beteiligen sich. Aktionen können flexibel gestaltet werden, von Fototerminen und Videostatements bis hin zu lokalen Veranstaltungen und einer zentralen Kundgebung um 13 Uhr am Brandenburger Tor in Berlin. Weitere Informationen, Materialien und Anmeldung unter www.wirtschaftswarntag.de.

5. Arbeitsagenturen sehen zunehmende Bedeutung von Transformationsproblemen

Der deutsche Arbeitsmarkt steht zunehmend unter Druck. Seit spätestens Ende 2023 wirken Transformationsprobleme neben der anhaltenden Konjunkturschwäche verstärkt auf die Arbeitslosigkeit, besonders in der Industrie. Das zeigt eine Befragung der Arbeitsagenturen, die das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in einer am 23. Januar 2025 [veröffentlichen](#) Studie ausgewertet hat. Die Agenturen für Arbeit sehen zunächst konjunkturelle Ursachen für den Anstieg der Arbeitslosigkeit. Der Anteil der Agenturen, die die Konjunktur als einen der maßgeblichen Einflussfaktoren für den Anstieg der Arbeitslosigkeit angeben, stieg von 74 Prozent im Dezember 2021 auf 98 Prozent im Dezember 2024. Zuletzt gaben die Arbeitsagenturen jedoch vermehrt an, dass der Anstieg der Arbeitslosigkeit auf strukturelle Ursachen zurückzuführen sei. Dazu gehören sowohl Prozesse der Transformation wie Dekarbonisierung und Digitalisierung als auch regionale Besonderheiten wie Strukturprobleme und Betriebsverlagerungen. Beide Kategorien bewegten sich Ende 2021 im einstelligen Prozentbereich und stiegen bis Ende 2024 auf jeweils über ein Drittel. Der Anstieg setzte im Herbst 2022 ein und beschleunigte sich seit dem Herbst 2023 deutlich. „Eine kritische Gemengelage aus Konjunkturschwäche und Transformationsproblemen setzt den Arbeitsmarkt unter Druck“, sagte Enzo Weber, Leiter des Forschungsbereichs „Prognosen und gesamtwirtschaftliche Analysen“ am IAB.

6. Steht die Mindestlohn-Richtlinie auf der Kippe?

In seinen [Schlussanträgen](#) vom 14. Januar 2025 hat Generalanwalt Emiliou dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) empfohlen, die [Richtlinie](#) über angemessene Mindestlöhne in der Europäischen Union (EU) für nichtig zu erklären ([Rs C-19/23](#)). Der Unionsgesetzgeber habe keine Kompetenz zum Richtlinienenerlass gehabt. Nach dem Grundsatz der begrenzten Einzelermächtigung (Art. 5 Abs. 2 EUV) darf die EU nur dann Rechtsakte erlassen, wenn sie von den Mitgliedstaaten in den EU-Verträgen dazu ermächtigt wurde. Für den Bereich der Arbeitsbedingungen findet sich zwar eine solche Ermächtigung in Artikel 153 Absatz 1 lit. b i.V.m. Absatz 2 lit. b AEUV, das Arbeitsentgelt ist nach Artikel 153 Absatz 5 AEUV jedoch davon ausgenommen. Die Europäische Kommission, das Europäische Parlament und Rat der EU sind der Auffassung, diese Ausnahme sei eng auszulegen. Die Richtlinie regle nicht das Arbeitsentgelt an sich, sondern lediglich Mindestvorschriften für das Verfahren zur Bestimmung des Mindestlohns in denjenigen Mitgliedstaaten, deren Rechtsordnung einen Mindestlohn vorsieht. Der Generalanwalt plädiert hingegen für eine weitere Auslegung und stellt auf das Ziel der Richtlinie ab – die Beeinflussung des Lohnniveaus in der EU. Der EuGH ist nicht an die Schlussanträge gebunden, folgt ihnen aber mehrheitlich.

7. Kosten der Anerkennung weiter gefördert

Seit Anfang 2025 werden der [Anerkennungszuschuss](#) und die Qualifizierungsförderung unter neuen Bedingungen fortgesetzt. In Ergänzung zu anderen Förderangeboten ist damit weiterhin eine Unterstützung von Verfahren zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen möglich. Beispielsweise sind Kosten im Rahmen des Anerkennungsverfahrens in Höhe bis 600 Euro pro Person förderfähig. Überdies werden Kosten für Qualifizierungen im Rahmen des Anerkennungsverfahrens in einer Höhe von bis zu 3.000 Euro gefördert. Anträge auf Aufnahme in die Förderung können letztmalig am 30. Juni 2027 und Anträge auf Auszahlung bis spätestens 30. September 2028 gestellt werden. Für Anträge, die bis zum 31. Dezember 2024 gestellt wurden, gelten die ursprünglichen Fristen und auch die ursprünglichen Förderbedingungen bei Antragstellung; eine letztmalige Kosteneinreichung ist am 30. September 2025 möglich.

8. „Talente in der Ausbildung“ geht in zweite Förderrunde

Das Stipendienprogramm „[Talente in der Ausbildung](#)“, getragen von der Stiftung Begabtenförderung berufliche Bildung (SBB) und Stiftung der Deutschen Wirtschaft, geht in die zweite Förderrunde. Die Bewerbung für begabte Auszubildende ist zwischen dem 3. März und dem 30. April 2025 möglich. Auch in diesem Jahr ist die Förderung von Auszubildenden aus den Regionen Berlin und Düsseldorf möglich, die noch mindestens zwei Jahre ihrer Ausbildung vor sich haben. Mehr Informationen sind [hier](#) abrufbar. Der BFB engagiert sich als Gesellschafter der SBB für die Stärkung der dualen Ausbildung und die Förderung der beruflichen Talente.

9. BIBB-Preis „Hermann Schmidt“ verliehen

Am 22. Januar 2025 wurde der Hermann-Schmidt-Preis des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) zum Thema „Demokratiebildung in Beruf und Arbeitswelt“ in Bonn verliehen. Mit dem seit 1996 verliehenen Hermann-Schmidt-Preis setzte sich das BIBB das Ziel, auf innovative Ansätze in der Berufsbildungspraxis aufmerksam zu machen, diese zu fördern und als gute Beispiele zur Nachahmung zu empfehlen. Als Sieger ging das Projekt „MUTausbruch – das Demokratie-Pädagogik-Projekt von Evonik für Auszubildende des ersten Ausbildungsjahres“ hervor. Die Verleihung war eingebettet in die BIBB-Fachkonferenz „[Demokratiebildung im Beruf – eine Aufgabe für alle Lernorte](#)“, bei der BFB-Hauptgeschäftsführer Peter Klotzki an der Podiumsdiskussion beteiligt war und die BFB-Engagements für Demokratiebildung wie Demokratie Campus und Freiheitsindex vorstellte.

10. Ausbildung im Fokus

In 40 Prozent der Betriebe ist im Ausbildungsjahr 2024/25 die Anzahl der Ausbildungsplätze im Vergleich zum Vorjahr gleichgeblieben. 24 Prozent der Firmen boten mehr Plätze an, 14 Prozent weniger. In 22 Prozent der Fälle wollten Unternehmen keine neuen Ausbildungsstellen schaffen. Im Vergleich der Wirtschaftsbereiche steigerte der Handel mit 18 Prozent am seltensten die Möglichkeiten für eine Ausbildung, in der Industrie wurden mit 28 Prozent am häufigsten zusätzliche Lehrstellen geschaffen. Hier sprachen nur 15 Prozent der Unternehmen davon, im laufenden Jahr keine neuen Ausbildungsplätze anzubieten. Über diese Ergebnisse der Randstad-ifo-Personalleiterbefragung [berichtete](#) das ifo Institut am 21. Januar 2025. Ein Blick auf die verschiedenen Größenklassen zeigt, dass fast die Hälfte aller Kleinunternehmen mit bis zu 49 Mitarbeitenden (47 Prozent) 2024 keine neuen Lehrstellen geschaffen haben. Das sind deutlich mehr als bei mittelgroßen Unternehmen (50 bis 249 Angestellte: 21 Prozent, 250 bis 499 Angestellte: fünf Prozent) und bei Großunternehmen ab 500 Mitarbeitenden, bei denen es keinen Betrieb gibt, der auf neue Lehrstellen verzichtet. Auch gaben Kleinunternehmen mit 19 Prozent am seltensten an, die Zahl ihrer Ausbildungsplätze im Vergleich zum Vorjahr vergrößert zu haben – im Gegensatz dazu steigerte jedes dritte Großunternehmen seine Anzahl an Lehrstellen. Dieses Ergebnis zeigt laut der Autorinnen und Autoren, dass vor allem kleinere Betriebe hinsichtlich ihrer Ausbildungssituation zurückhaltend sind. 61 Prozent der Betriebe meldeten Schwierigkeiten beim Besetzen der Ausbildungsplätze. Als Hauptgrund hierfür wurde eine nicht ausreichende Anzahl an Bewerbungen genannt, dicht gefolgt von einer nicht ausreichenden Qualifizierung der Bewerbenden. Unternehmen, die planen, nächstes Jahr keine Ausbildungsplätze mehr anzubieten, nennen vor allem fehlende Betreuungskapazitäten als Grund.

11. Betreuungszeiten

Die Zahl der Kinder mit einer vertraglich vereinbarten Betreuungszeit von mehr als 35 Stunden in der Woche nahm von 2014 bis 2024 um 30 Prozent zu, wie das Statistische Bundesamt (Destatis) am 21. Januar 2025 [mitteilte](#). Knapp zwei Drittel (64 Prozent) dieser Kinder hatten zuletzt eine

festgelegte Betreuungszeit von mehr als 45 Wochenstunden. Ebenfalls gestiegen ist in den vergangenen zehn Jahren die Zahl der Kinder mit einer Betreuungszeit von 25 bis 35 Wochenstunden (plus 25 Prozent). Einen Rückgang gab es hingegen bei Kindern mit einer kürzeren Betreuungszeit von bis zu 25 Stunden in der Woche: Deren Zahl nahm von 2014 bis 2024 um acht Prozent ab. Die durchschnittlich vereinbarte Betreuungszeit stieg damit in den vergangenen zehn Jahren von 35,3 auf 36,1 Stunden pro Woche. Im selben Zeitraum ist die Zahl der betreuten Kinder insgesamt um ein Fünftel gestiegen – von 3,29 Millionen auf 3,94 Millionen. Die Zahl der pädagogisch tätigen Personen in Kindertageseinrichtungen ist in den vergangenen zehn Jahren um 46 Prozent gestiegen. Rund 724.100 Betreuungskräfte arbeiteten 2024 in Kindertageseinrichtungen, 2014 waren es noch gut 494.300 Personen. Ein Grund für die personelle Notlage vieler Kitas dürfte laut Destatis darin liegen, dass der Anteil der Kita-Betreuungskräfte in Vollzeit vergleichsweise gering ist: 67 Prozent des pädagogischen Kita-Personals arbeiteten 2024 weniger als 38,5 Stunden pro Woche (2014: 65 Prozent).

12. Bevölkerungsentwicklung 2024

Zum Jahresende 2024 lebten fast 83,6 Millionen Menschen in Deutschland. Nach einer ersten [Schätzung](#) des Statistischen Bundesamtes vom 23. Januar 2025 wuchs die Bevölkerung Deutschlands damit um knapp 100.000 Menschen gegenüber dem Jahresende 2023. Auch 2024 war die Nettozuwanderung die alleinige Ursache des Bevölkerungswachstums. Wie in allen Jahren seit der deutschen Vereinigung fiel die Bilanz der Geburten und Sterbefälle 2024 negativ aus, da erneut mehr Menschen starben als geboren wurden. 2023 war die Bevölkerung aufgrund der deutlich höheren Nettozuwanderung noch um knapp 340.000 Personen gewachsen.

13. Lebenszufriedenheit im EU-Vergleich

2023 erreichte die durchschnittliche Lebenszufriedenheit in der Europäischen Union (EU) einen Wert von 7,3 auf einer Skala von null bis zehn. Dies gab das statistische Amt der EU am 22. Januar 2025 [bekannt](#). In 15 der insgesamt 27 Mitgliedstaaten lag die Lebenszufriedenheit auf oder über dem EU-Durchschnitt. Finnland führte das Ranking mit einer Bewertung von 7,8 an, dicht gefolgt von Belgien, Österreich, Rumänien und Slowenien, die jeweils einen Wert von 7,7 erreichten. Am unteren Ende der Skala rangierten Bulgarien mit 5,9 sowie Lettland und Griechenland mit jeweils 6,9. Für Deutschland wurde der Wert 7,0 ermittelt.

14. BFB-Jobportal bietet kostenfreie Möglichkeit der Jobvermittlung

Das Jobportal www.freieberufe-jobportal.de des BFB, das im Mai 2022 insbesondere für ukrainische Geflüchtete lanciert wurde, ist im Juni 2023 in Kooperation mit dem Bundesverband Deutscher Unternehmensberatungen (BDU) zu einem allgemeinen Jobportal für die Freien Berufe erweitert worden. Nun bietet es, speziell und exklusiv als Jobportal für die Freien Berufe, Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern die Möglichkeit, dort kostenfrei, schnell und direkt offene Stellen, darunter Vollzeit- und Teilzeitjobs sowie Ausbildungs- und Praktikumsplätze, zu inserieren. Im Hinblick auf den Fachkräftemangel in den Freien Berufen setzen BFB und BDU in ihrer Kooperation gezielt einen strategischen Schritt, um bestmögliche Ergebnisse und Bedingungen in den Freien Berufen zu schaffen. Weiterhin soll mit dem Jobportal mit Blick auf das Gemeinwohl die Verbindung zwischen Arbeitssuchenden und Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern bei den Freien Berufen gefördert werden. Stellenanzeigen können [hier](#) unkompliziert und gratis aufgegeben werden.



The graphic features a blue background with a white BFB logo in the top left corner, which includes the text "Bundesverband der Freien Berufe e.V.". The central image shows a person's hands using a laptop and a smartphone, overlaid with several blue notification icons: a star with '17', a heart with '17', a bell with '35', a person icon with '15', and a speech bubble with '26'. Below the image, the text "Folgen Sie uns auf LinkedIn!" is written in white. At the bottom left, the handle "@Bundesverband der Freien Berufe" is displayed, and at the bottom right, there is a QR code.